

Energiewende Zukunftsmonitor 2026

Eine Repräsentativbefragung der deutschen
Bevölkerung ab 16 Jahre zur Akzeptanz der
Energiewende



Inhalt

- 3** Vorbemerkung
- 4** Weniger Rückhalt für die Energiewende und wachsende Zweifel am eingeschlagenen Weg
- 19** Die Mehrheit verbindet mit der Energiewende mehr Risiken als Chancen
- 28** Zunehmende Sorgen über die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Situation
- 36** Die Bevölkerung hält staatliche Förderung für wichtig

Vorbemerkung

Bereits im Januar 2025 führte das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der BMW Foundation Herbert Quandt eine repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung zur Akzeptanz der Energiewende durch. Die Untersuchung zeigte, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zwar von der Notwendigkeit der Energiewende überzeugt ist, ein Großteil von ihnen aber an der Umsetzung und dem richtigen Weg zweifeln. Mit dem Regierungswechsel im Mai 2025 gab es auch in der Energiepolitik einige Neuausrichtungen. So stellte Wirtschafts- und Energieministerin Katherina Reiche im September einen Plan für die Energiepolitik vor, der zum Ziel hat, die Energiewende effizienter und günstiger zu machen. Vor diesem Hintergrund beauftragte die BMW Foundation Herbert Quandt erneut das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung. Ziel der aktuellen Studie ist es zu untersuchen, inwieweit sich die Akzeptanz der Energiewende in der deutschen Bevölkerung im Laufe des Jahres 2025 verändert hat. Um entsprechende Veränderungen im Meinungsbild sichtbar zu machen, ist ein Großteil der Fragen identisch mit denen der Vorgängeruntersuchung.

Die aktuelle Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.029 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden zwischen dem 22. November und 4. Dezember 2025 mündlich-persönlich (face-to-face) durchgeführt.

Allensbach am Bodensee,
Institut für Demoskopie Allensbach

im Dezember 2025

Weniger Rückhalt für die Energiewende und wachsende Zweifel am eingeschlagenen Weg

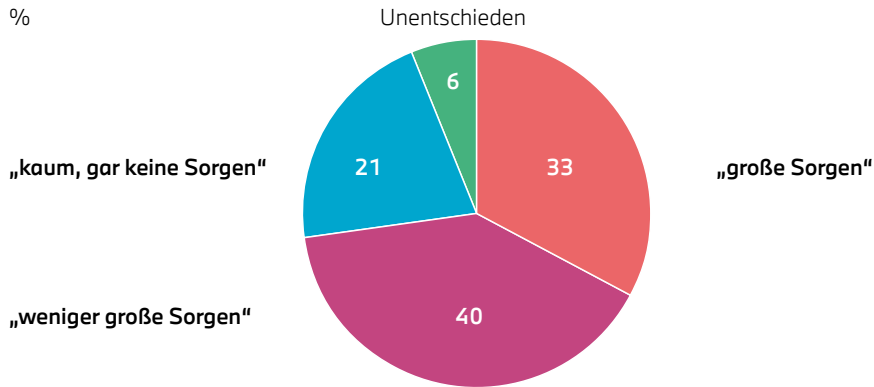
Nach wie vor zeigt sich ein Großteil der Bevölkerung besorgt über die Folgen der Erderwärmung. Das Thema Klimaschutz hat allerdings unter dem Eindruck der vielfältigen Krisen der letzten Jahre etwas an Unterstützung verloren. Dies zeigt sich auch daran, dass der Kreis derer, die sich ernsthafte Sorgen über die Folgen des Klimawandels machen, eher begrenzt ist. Aktuell machen sich 33 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahre große Sorgen über die Folgen der zunehmenden Erderwärmung und Klimaveränderung. Weitere 40 Prozent machen sich darüber begrenzt, 21 Prozent überhaupt keine Sorgen.

Frauen, Jüngere, Angehörige der höheren sozialen Schichten sowie Anhänger der Grünen messen dem Klimawandel weitaus mehr Bedeutung bei als Männer, Ältere, die schwächeren sozialen Schichten und die Anhänger der AfD. So machen sich aktuell 43 Prozent der unter 30-Jährigen große Sorgen über die Folgen des Klimawandels, dagegen nur 30 Prozent der 60-Jährigen und Älteren. Von den Anhängern der Grünen blicken 71 Prozent mit großen Sorgen auf die Entwicklung, von den Anhängern der AfD dagegen nur 10 Prozent.

Besorgnis über die Folgen des Klimawandels

Frage: „Manche Menschen sind ja besorgt über die Folgen der zunehmenden Erderwärmung und Klimaveränderung. Wie geht Ihnen das: Machen Sie sich darüber ...?“

Es machen sich über die Folgen der Erderwärmung –



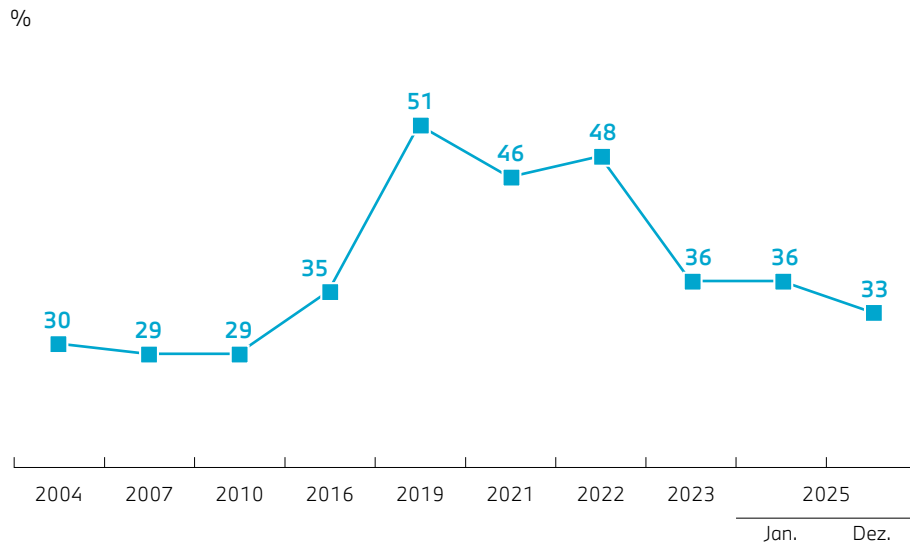
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Schaubild 1

Der Trendverlauf zeigt, dass die Sorgen über die Folgen der zunehmenden Erderwärmung seit einigen Jahren rückläufig sind: Der Anteil derer, die sich große Sorgen über die Folgen des Klimawandels machen, stieg zwischen 2010 und 2019 von 29 auf 51 Prozent an, verharrte dann bis 2022 auf ähnlich hohem Niveau, verringerte sich aber seither auf zunächst 36 Prozent und aktuell sogar auf 33 Prozent. Die Gründe liegen vor allem in dem Zusammenspiel multipler Krisen, von der Wirtschaftskrise über den Krieg in der Ukraine bis hin zu den als zunehmend unsicher eingeschätzten allgemeinen Zukunftsperspektiven. In der politischen Agenda der Bevölkerung haben die Themen äußere und innere Sicherheit, die wirtschaftliche Entwicklung sowie auch Fragen der Energieversorgung zurzeit einen wesentlich höheren Stellenwert als das Thema Klimaschutz.

Weiter rückläufige Sorgen über die Folgen der Erderwärmung

Über die Folgen der zunehmenden Erderwärmung und Klimaveränderung machen sich große Sorgen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13012

Schaubild 2

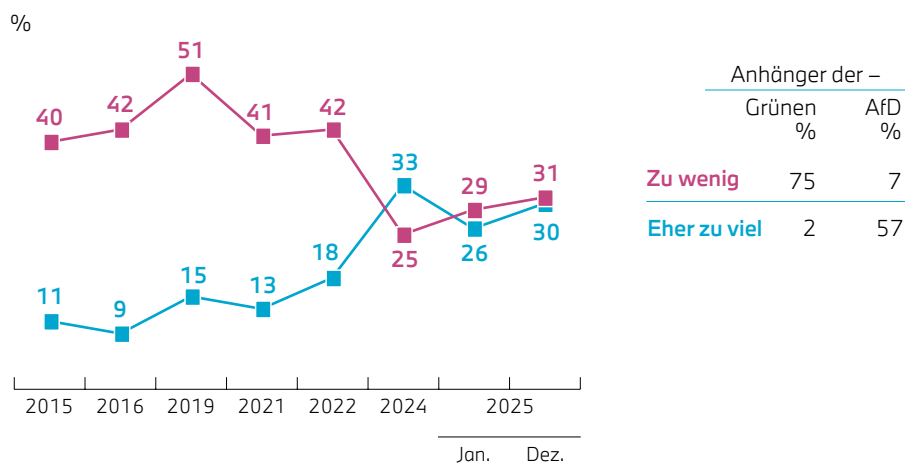
© IfD-Allensbach

Die Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit des Landes führen auch zu einer Neubewertung der Frage, ob der Umfang der Maßnahmen zum Schutz des Klimas gerechtfertigt ist. Zwischen 2015 und 2022 waren konstant zwischen 40 und 51 Prozent der Bevölkerung davon überzeugt, dass die Anstrengungen, die Deutschland für den Klimaschutz unternimmt, nicht ausreichen; nur Minderheiten zwischen 9 und 18 Prozent hielten in diesem Zeitraum den Umfang der Maßnahmen zum Schutz des Klimas für übertrieben. Das hat sich seither deutlich verändert: 2024 lag der Anteil derer, die überzeugt sind, in Deutschland werde eher zu viel für den Klimaschutz getan, erstmals über dem Kreis derjenigen, die meinen, Deutschland müsse seine Anstrengungen verstärken. Seither liegen die beiden Lager nahezu gleich auf. Aktuell meinen 31 Prozent, es werde zu wenig getan; 30 Prozent halten die Anstrengungen hingegen für überzogen.

Wie sehr diese Frage die politischen Lager trennt, zeigt eine getrennte Analyse von AfD- und Grünen-Anhängern: Während drei Viertel der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen die Maßnahmen zum Schutz des Klimas für nicht ausreichend halten, sehen das nur 7 Prozent der AfD-Anhänger genauso. Von diesen meinen hingegen 57 Prozent, dass in Deutschland zu viel für den Klimaschutz getan werde; eine Haltung, die nur 2 Prozent der Grünen-Anhänger teilen.

Zunehmend kritischer Blick auf den Umfang der Maßnahmen zugunsten des Klimaschutzes

Frage: „Was meinen Sie: Wird in Deutschland zu wenig für den Klimaschutz getan, oder eher zu viel, oder würden Sie sagen 'gerade richtig'?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13012

Schaubild 3

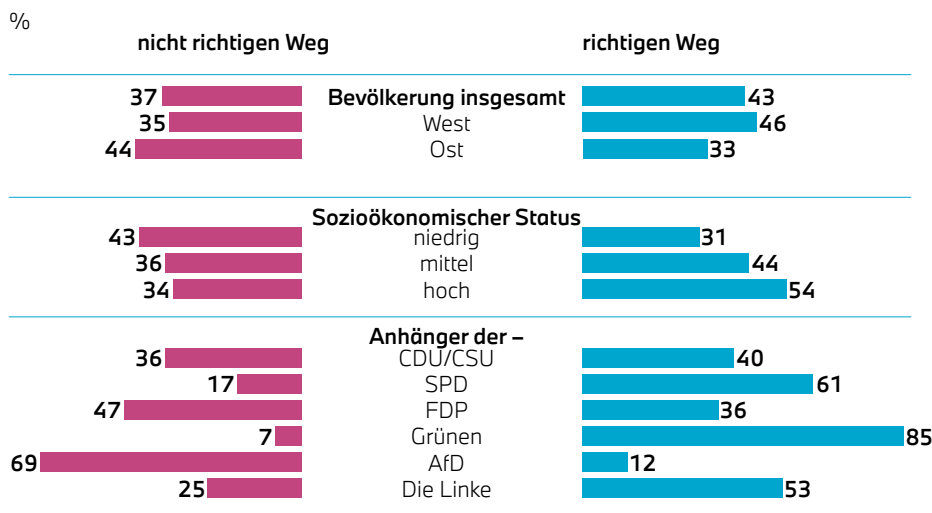
Grundsätzlich ist die Bevölkerung überzeugt, dass an der Energiewende kein Weg vorbeiführt. Eine relative Mehrheit von 43 Prozent hält die Entscheidung, aus der Kernenergie auszusteigen und dafür vor allem den Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren, im Nachhinein für den richtigen Weg, 37 Prozent halten den eingeschlagenen Weg hingegen für falsch. Besonders in Ostdeutschland, in den unteren Sozialschichten sowie unter den Anhängern von AfD und FDP gibt es weit verbreitete Kritik am eingeschlagenen Weg. Breite Unterstützung für die Strategie

bei der Umsetzung der Energiewende gibt es hingegen aus den höheren Sozialschichten sowie von den Anhängern von SPD und besonders ausgeprägt bei den Anhängern der Grünen: 85 Prozent der Grünen-Anhänger halten den eingeschlagenen Weg bei der Energiewende für richtig, nur 7 Prozent von ihnen äußern Zweifel.

Nur eingeschränkte Unterstützung für die Umsetzung der Energiewende

Frage: „Im Rahmen der sogenannten Energiewende ist Deutschland ja aus der Kernenergie ausgestiegen und baut dafür die Energieversorgung vor allem mit erneuerbaren Energien kontinuierlich aus. Einmal ganz allgemein gefragt: Halten Sie das alles in allem für den richtigen Weg oder nicht für den richtigen Weg?“

Es halten den Ausstieg aus der Kernenergie und den Ausbau von erneuerbaren Energien für den –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

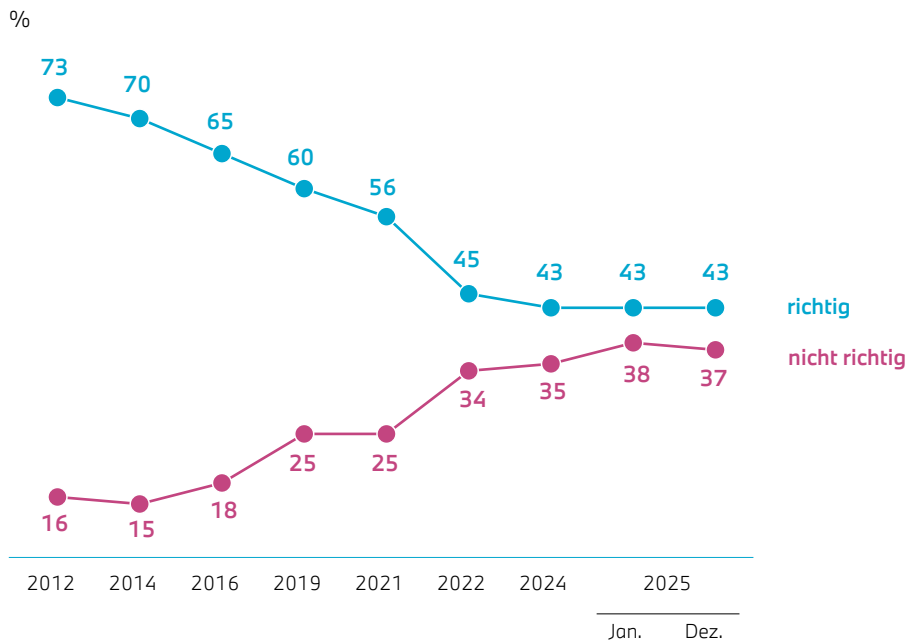
Schaubild 4

© IfD-Allensbach

Der Trendvergleich zeigt jedoch, dass der Rückhalt für die Energiewende in der Bevölkerung derzeit schwindet: Hielten 2012 noch 73 Prozent die Entscheidung, bei der Energieversorgung vor allem auf den kontinuierlichen Ausbau erneuerbarer Energien zu setzen, für den richtigen Weg, sank die Zustimmung bis zum Jahr 2021 kontinuierlich auf 56 Prozent. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine und die damit verbundene Neubewertung der Energiepolitik verringerte sich der Rückhalt für die Energiewende auf 45 Prozent und liegt aktuell bei 43 Prozent.

Der Rückhalt für die Energiewende geht zurück

Im Rahmen der Energiewende die Energieversorgung vor allem mit erneuerbaren Energien kontinuierlich auszubauen, halten für:



© IfD-Allensbach

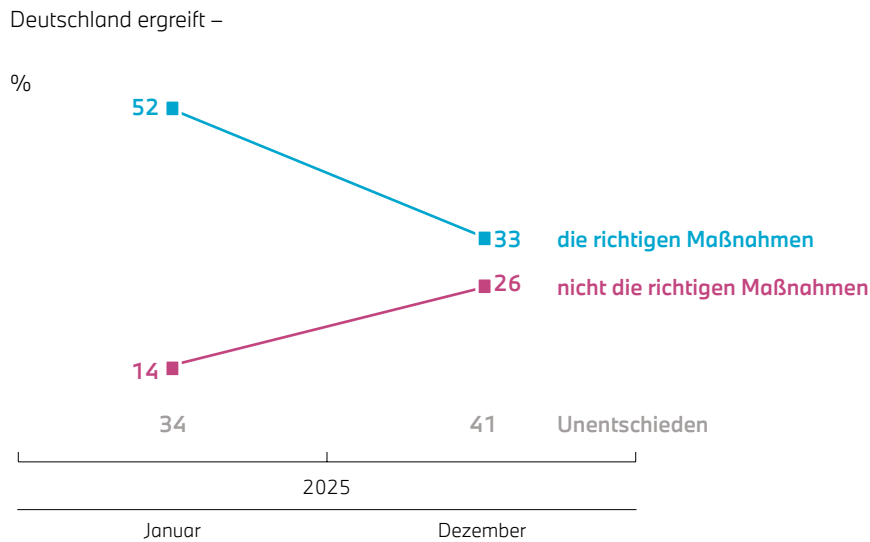
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13012

Schaubild 5

Besonders alarmierend ist es jedoch, dass nicht nur der Rückhalt für die Energiewende insgesamt zurückgeht, sondern auch unter den Befürwortern die Zweifel wachsen, dass die Politik bei der Umsetzung der Energiewende die richtigen Maßnahmen ergreift. Innerhalb eines Jahres hat sich unter den Befürwortern der Anteil derer, die den Eindruck haben, dass Deutschland bei der Umsetzung der Energiewende die richtigen Maßnahmen ergreift, von 52 auf 33 Prozent verringert; umgekehrt vergrößerte sich der Kreis derjenigen, die Zweifel an den ergriffenen Maßnahmen äußern, seit Januar dieses Jahres von 14 auf 26 Prozent.

Selbst unter den Befürwortern der Energiewende wachsen die Zweifel am eingeschlagenen Weg

Frage an Personen, die den Ausstieg aus der Kernenergie und den Umstieg auf erneubare Energien für den richtigen Weg halten: „Ergreift Deutschland für die Umsetzung der Energiewende alles in allem die richtigen Maßnahmen oder nicht die richtigen Maßnahmen?“



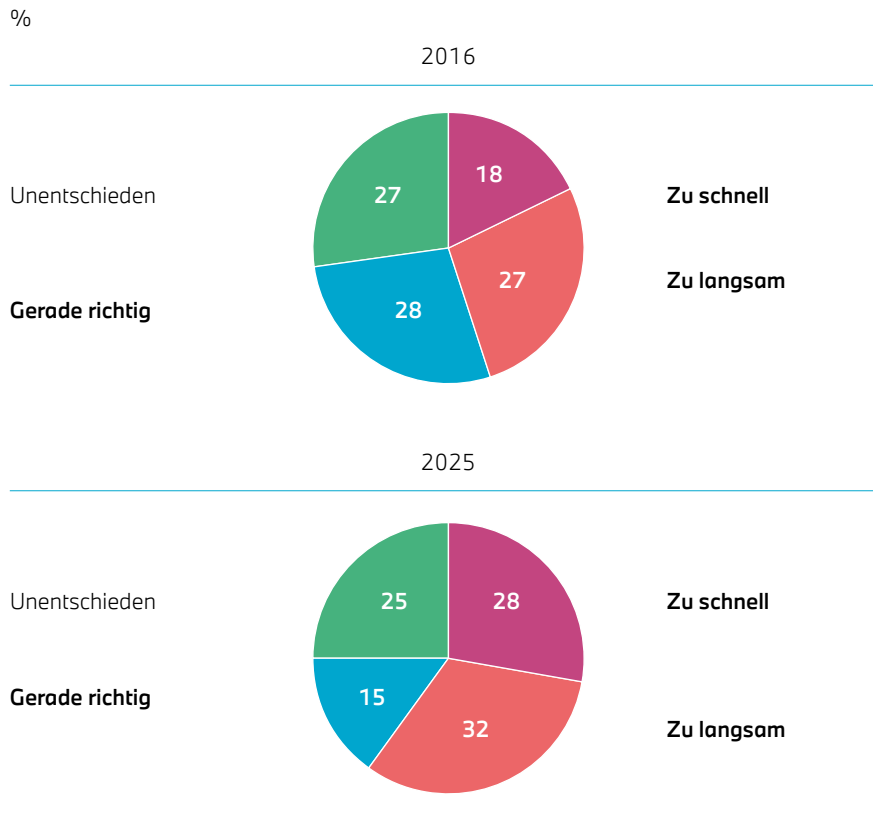
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die den Ausstieg aus der Kernenergie und den Umstieg auf erneubare Energien für den richtigen Weg halten. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12098, 13012

Schaubild 6

Ganz wesentlich verantwortlich für diese Entwicklung ist, dass die Bevölkerung nicht den Eindruck hat, sicher planen zu können und sich vor allem finanziell überfordert fühlt. So ist in der Bevölkerung in den letzten Jahren der Eindruck, dass die Energiewende mit der richtigen Geschwindigkeit umgesetzt wird, von 28 auf 15 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig erhöhte sich sowohl der Anteil derer, die sich vom Tempo der Umsetzung überfordert fühlen, von 18 auf 28 Prozent, als auch der Kreis derer, denen die Umsetzung zu langsam vorangeht, von 27 auf 32 Prozent.

Das Gefühl von Überforderung nimmt zu

Frage: „Wird die Energiewende Ihrem Eindruck nach zu schnell umgesetzt, oder zu langsam, oder ist das Tempo gerade richtig?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11059, 13012

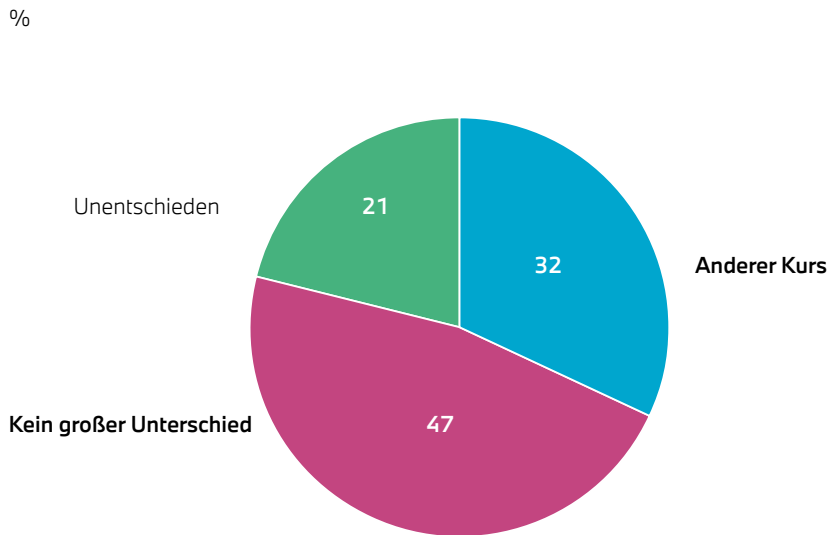
Schaubild 7

© IfD-Allensbach

Die Mehrheit der Bevölkerung hat auch nicht den Eindruck, dass sich durch den Regierungswechsel am Kurs in der Energiepolitik Wesentliches verändert hat: Knapp jeder Zweite ist vielmehr überzeugt, dass die aktuelle Bundesregierung bei der Energiewende den Kurs der (unbeliebten) Ampel-Regierung fortsetzt; nur knapp jeder Dritte hat hingegen den Eindruck, dass die derzeitige Regierung bei der Energiewende einen anderen Kurs fährt. Selbst unter den Anhängern der Regierungsparteien überwiegt bei Weitem der Eindruck, dass sich durch den Regierungswechsel der Kurs in der Energiepolitik kaum verändert hat.

Kaum anders als die Ampel-Regierung

Frage: „Wie ist Ihr Eindruck: Verfolgt die aktuelle Bundesregierung bei der Energiewende einen anderen Kurs als die Ampel-Regierung, oder sehen Sie da keinen großen Unterschied?“



© IfD-Allensbach

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Schaubild 8

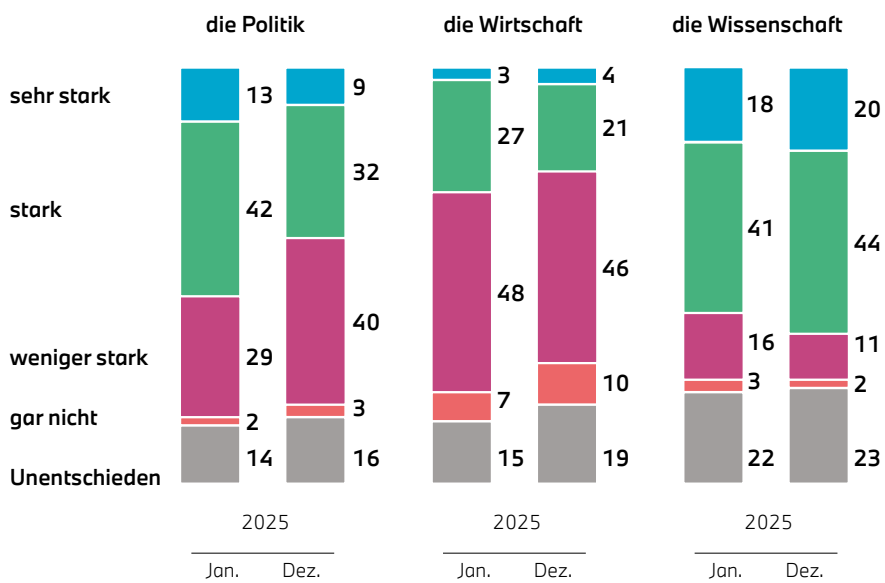
Die Politik wird aktuell auch weniger als noch vor einem Jahr als Motor der Energiewende gesehen. Dieses Attribut wird derzeit allein der Wissenschaft zugeschrieben, nicht jedoch Politik und Wirtschaft. Meinten vor einem Jahr noch 55 Prozent der Bevölkerung, dass sich die Politik sehr stark oder stark für die Umsetzung der Energiewende einsetze, sind davon zurzeit nur noch 41 Prozent überzeugt. 43 Prozent erkennen aktuell hingegen bestenfalls ein geringes Engagement der Politik in dieser Frage. Von der Wirtschaft war schon zu Beginn des Jahres nur eine Minderheit überzeugt, dass sie sich besonders für das Gelingen der Energiewende einsetzt. Dieser Eindruck hat sich seither von 30 auf 25 Prozent verringert. Lediglich bei der Wissenschaft ist die Mehrheit überzeugt, dass sie sich ausreichend um das Fortkommen der Energiewende bemüht. Knapp zwei Drittel sehen derzeit ein starkes oder sogar sehr starkes Engagement der Wissenschaft für das Gelingen der Energiewende.

Politik wird aktuell weniger als Motor der Energiewende gesehen

Frage: „Was ist Ihr Eindruck: Wie stark setzt sich die Politik/die Wirtschaft/die Wissenschaft dafür ein, dass die Energiewende vorangetrieben wird?“

Dafür, dass die Energiewende vorangetrieben wird, setzt sich ein –

%



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12098, 13012

Schaubild 9

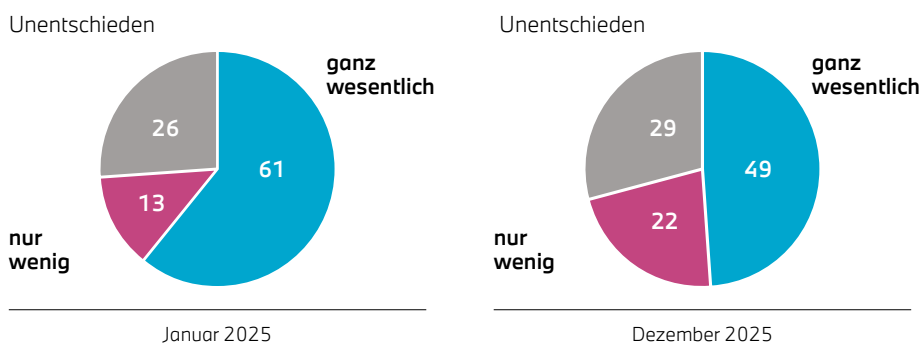
Dass die Wissenschaft zunehmend als Motor der Energiewende angesehen wird, ist insofern bemerkenswert, da das Zutrauen der Bevölkerung in den technischen Fortschritt im letzten Jahr deutlich zurückgegangen ist. Aktuell ist zwar immer noch knapp jeder Zweite überzeugt, dass der technische Fortschritt ganz wesentlich dazu beitragen kann, dass die Energiewende in Deutschland gelingt, vor einem Jahr waren es jedoch noch 61 Prozent. Der Anteil derjenigen, die meinen, dass der technologische Fortschritt hier nur sehr begrenztes Potential hat, stieg im gleichen Zeitraum von 13 auf 22 Prozent.

Mehr Zweifel am Potential des technischen Fortschritts für das Gelingen der Energiewende

Frage: „Wie schätzen Sie das ein: Kann der technische Fortschritt ganz wesentlich dazu beitragen, dass die Energiewende in Deutschland gelingt, oder kann der technische Fortschritt hierzu nur wenig beitragen?“

Der technische Fortschritt kann dazu beitragen, dass die Energiewende in Deutschland gelingt –

%



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12098, 13012

Schaubild 10

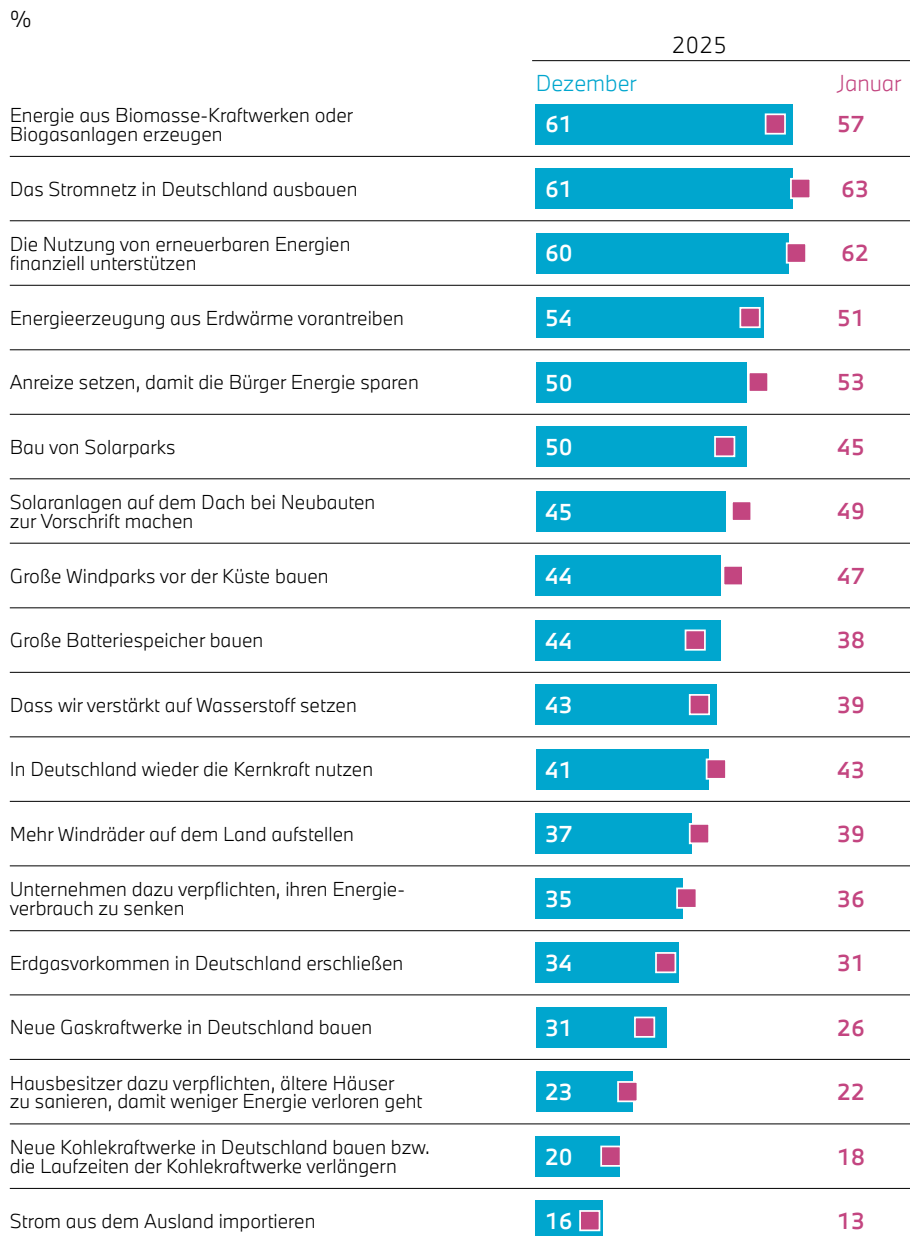
Die Bevölkerung hat nach wie vor klare Vorstellungen, was der richtige Weg ist, um die Energiewende voranzutreiben und die Energieversorgung in Deutschland auch künftig sicherzustellen. Große Teile der Bevölkerung setzen hierfür auf die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, auf einen Ausbau der Energieversorgungsinfrastruktur, auf Energiesparmaßnahmen sowie auf finanzielle Unterstützung bzw. Förderung. Jeweils 61 Prozent halten es für sinnvoll, stärker auf die Nutzung von Biogas und Biomasse zu setzen sowie das Stromnetz in Deutschland auszubauen, um die Energieversorgung auch zukünftig sicherzustellen. 60 Prozent setzen darauf, die Nutzung von erneuerbaren Energien finanziell zu unterstützen, 54 Prozent auf die stärkere Nutzung von Erdwärme, weitere 43 Prozent auf Wasserstoff. Jeder Zweite sieht es als richtigen Weg an, dass der Staat Anreize setzt, damit die Bürger Energie sparen sowie dass neue Solarparks gebaut werden. Weitere 45 Prozent halten eine Solardachpflicht bei Neubauten für richtig, nahezu gleich viele den Bau großer Windparks vor der Küste sowie den Ausbau großer Batteriespeicher.

Immerhin 41 Prozent hielten es für sinnvoll, in Deutschland wieder Kernenergie zu nutzen, um die Energieversorgung sicherzustellen. Auf die verstärkte Nutzung fossiler Energiearten setzen hingegen nur Minderheiten: 31 Prozent unterstützen den Bau neuer Gaskraftwerke, 20 Prozent den Bau neuer bzw. eine Laufzeitverlängerung bestehender Kohlekraftwerke, und 34 Prozent plädieren für eine Erschließung der Erdgasvorkommen in Deutschland. Im Trendvergleich mit den Ergebnissen aus dem Januar 2025 wird jedoch deutlich, dass gerade die Nutzung fossiler Energieträger an Unterstützung gewinnt. Vor knapp einem Jahr sahen es nur 31 Prozent als den richtigen Weg an, die Erdgasvorkommen in Deutschland zu erschließen, aktuell 34 Prozent. Für den Bau neuer Gaskraftwerke sprachen sich vor einem Jahr nur 26 Prozent aus, jetzt 31 Prozent.

Zugleich halten es im Vergleich zum Januar 2025 aktuell mehr Bürger für sinnvoll, auf den Bau großer Batteriespeicher sowie auf Solarparks zu setzen, um die Energieversorgung in Deutschland auch zukünftig sicherzustellen. Gleiches gilt für die verstärkte Nutzung von Wasserstoff als Energieträger. Hielten es im Januar 2025 noch 38 Prozent für sinnvoll, neue Batteriespeicher zu bauen, um die Energieversorgung sicherzustellen, sind es mittlerweile 44 Prozent.

Vorstellungen, wie die Energieversorgung am besten gesichert werden kann

Frage: „Man kann ja unterschiedlicher Ansicht darüber sein, welche Maßnahmen sinnvoll sind, um die Energieversorgung in Deutschland auch künftig sicherzustellen. Wie sehen Sie das: Was von dieser Liste halten Sie für sinnvoll, um die Energieversorgung auch für die Zukunft zu gewährleisten?“



© IfD-Allensbach

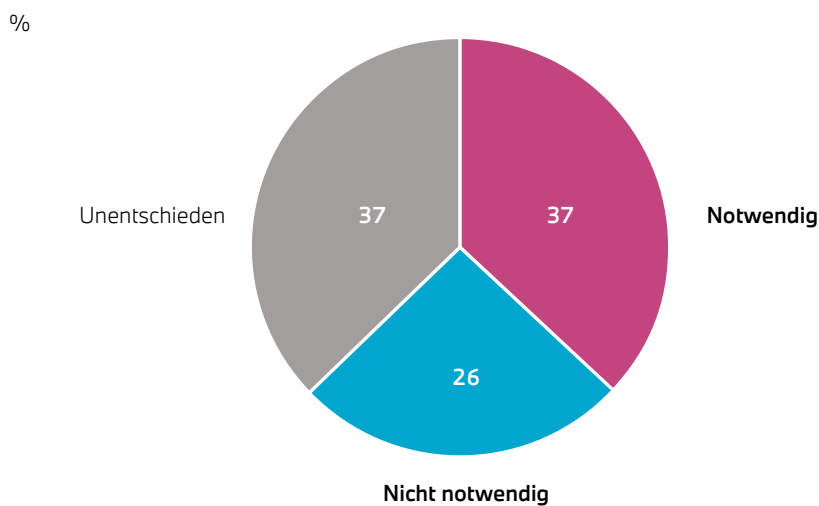
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12098, 13012w

Schaubild 11

Die Haltung zum Bau neuer Gaskraftwerke, um die Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen, ist insgesamt ambivalent: 37 Prozent halten es für notwendig, neue Gaskraftwerke zu bauen, 26 Prozent finden dies nicht notwendig und weiteren 37 Prozent fällt es schwer, ein Urteil abzugeben. Ein solch ambivalentes Meinungsbild mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Unentschiedenen ist oft bei Themen anzutreffen, mit denen sich die Bevölkerung noch nicht intensiv auseinandergesetzt hat oder bei denen der Wissensstand gering ist.

Ambivalentes Urteil zum Bau neuer Gaskraftwerke

Frage: „Glauben Sie, dass es zur Sicherung der Energieversorgung notwendig ist, in Deutschland neue Gaskraftwerke zu bauen, oder ist das nicht notwendig?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Schaubild 12

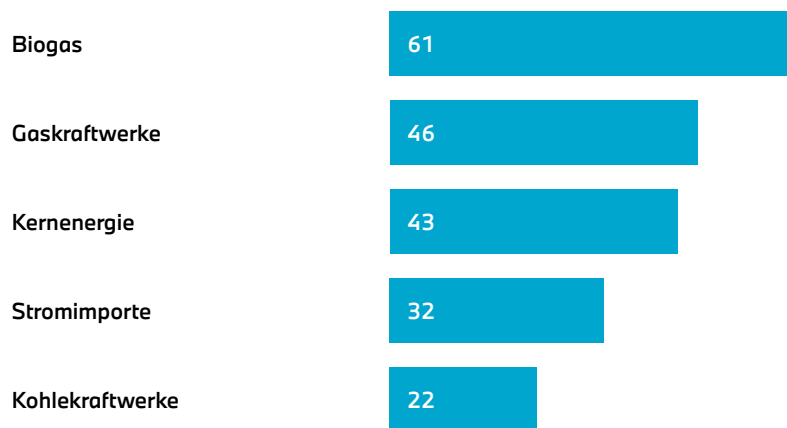
© IfD-Allensbach

Aus Sicht der Bevölkerung sollten Gaskraftwerke bei sogenannten Dunkelflauten jedoch eine wichtige Rolle übernehmen: 46 Prozent finden, dass die Energieversorgung mithilfe von Gaskraftwerken stabilisiert werden sollte, wenn erneuerbare Energien wie Sonne und Wind nicht ausreichend zur Verfügung stehen. 61 Prozent würden sich wünschen, dass bei Windflauten oder nachts die Energieversorgung mit Biogas sichergestellt wird, 43 Prozent mit Kernenergie, 32 Prozent präferieren Stromimporte und 22 Prozent Kohlekraftwerke.

Bevorzugte Optionen für die Energieversorgung bei Windflauten und nachts

Frage: „Wie sollte man die Energieversorgung in Deutschland sicherstellen, wenn Sonne und Wind als Energiequelle nicht zur Verfügung stehen, z.B. nachts oder bei Windflauten: über Gaskraftwerke, über Kohlekraftwerke, über Kernenergie, durch Stromimporte aus dem Ausland, durch Biogasanlagen, oder wie sonst?“

%



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Schaubild 13

Die Mehrheit verbindet mit der Energiewende mehr Risiken als Chancen

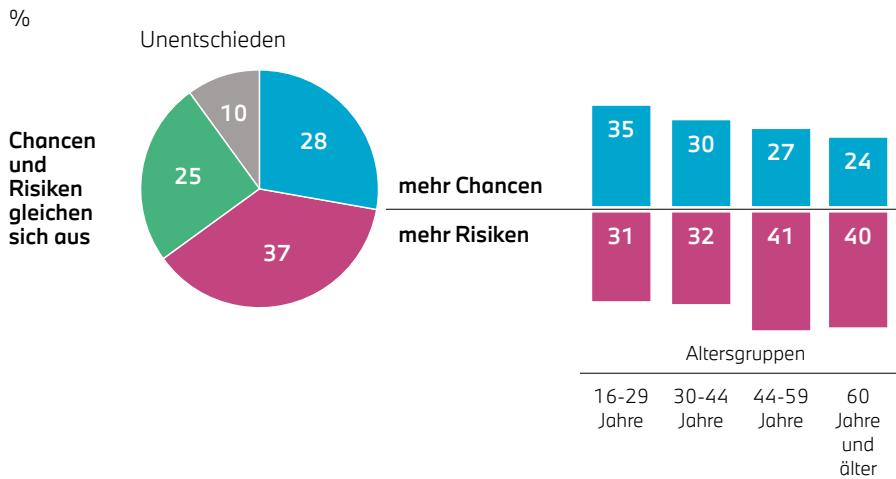
Die Bevölkerung verbindet die Energiewende tendenziell eher mit Risiken als mit Chancen: Für 37 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ist die Energiewende überwiegend mit Risiken verbunden, für 28 Prozent eher mit Chancen, für jeden Vierten gleichen sich Chancen und Risiken aus. Das Urteil ist dabei stark altersgebunden. Jüngere betonen überdurchschnittlich die Chancen, mittlere und ältere Altersgruppen empfinden die Energiewende hingegen überdurchschnittlich oft als Risikoszenario. Besonders kritisch fällt das Urteil zudem in den schwächeren sozialen Schichten sowie bei den Anhängern von AfD und FDP aus. Umgekehrt nehmen Personen aus den höheren sozialen Schichten sowie die Anhängerschaft der Grünen die Energiewende überdurchschnittlich als Chancenszenario für Deutschland wahr.

Besonders stark hängt das Urteil zudem von der persönlichen Betroffenheit ab: Von denen, die die Energiewende für sich persönlich eher mit Chancen assoziieren, verbinden 68 Prozent die Energiewende auch für Deutschland überwiegend mit Chancen, nur 8 Prozent mit Risiken. Von denen, die für sich persönlich infolge der Energiewende eine negative Bilanz ziehen, meinen hingegen 73 Prozent, dass die Energiewende auch für Deutschland mehr Risiken bringe, nur 7 Prozent gehen von einem Chancenszenario aus.

Mehr Risiken für Deutschland

Frage: „Bringt die Energiewende Ihrer Ansicht nach für Deutschland mehr Chancen oder mehr Risiken?“

Die Energiewende bringt für Deutschland –



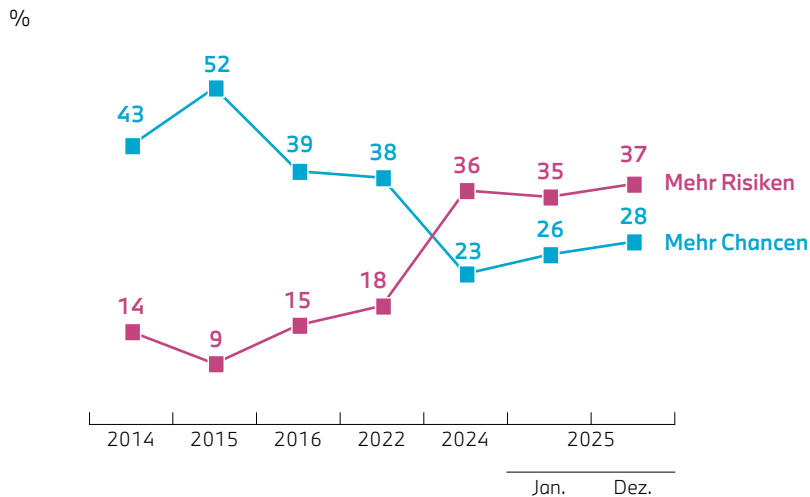
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Schaubild 14

Der Trendvergleich zeigt, dass sich die Einschätzung, die Energiewende sei primär mit Risiken verbunden, erst seit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine herausgebildet hat. Die Unsicherheit in der Frage, ob die Energieversorgung in Deutschland auch zukünftig gesichert ist, hat seither eine so hohe Bedeutung erlangt, dass sie auch die grundsätzliche Haltung zur Energiewende und die Einschätzung von den Folgen für Deutschland nachhaltig beeinflusst. Einen ersten Rückgang der Einschätzung, dass die Energiewende vor allem ein Chancenszenario sei, gab es jedoch bereits zwischen 2015 und 2016. Damals verringerte sich der Anteil derer, die die Energiewende vor allem mit Chancen für Deutschland in Verbindung bringen, von 52 auf 39 Prozent. Allerdings stieg in dieser Phase die gegenteilige Position, dass die Energiewende vor allem mit Risiken verbunden sei, nur relativ moderat von 9 auf 15 Prozent an. Dies änderte sich nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine: Zwischen 2022 und 2024 verdoppelte sich der Kreis derer, die mit der Energiewende für Deutschland überwiegend Risiken verbinden, von 18 auf 36 Prozent. Umgekehrt verringerte sich der Anteil derer, die die Energiewende primär als Chancenszenario wahrnehmen, von 38 auf 23 Prozent. Seither hat sich an diesem Meinungsbild kaum noch etwas verändert.

Kaum veränderte Einschätzung der Folgen

Frage: „Bringt die Energiewende Ihrer Ansicht nach für Deutschland mehr Chancen oder mehr Risiken?“



© IfD-Allensbach

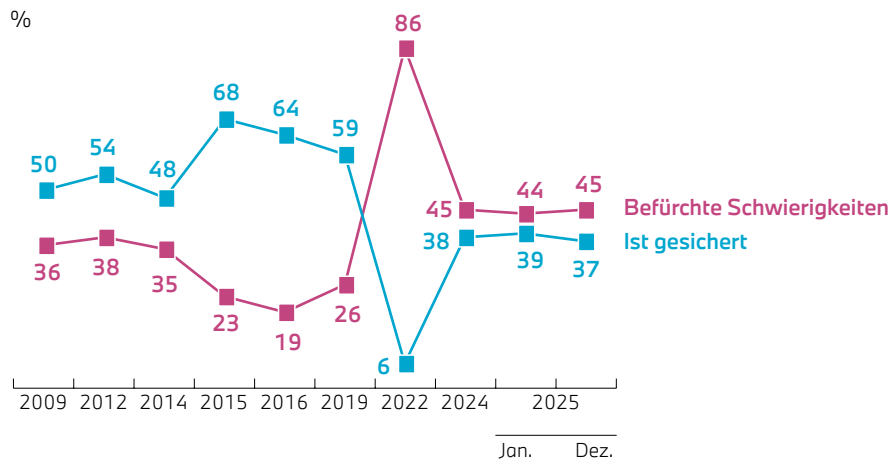
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13012

Schaubild 15

Wie sehr der Ausbruch des Ukraine-Kriegs das Verständnis von der Sicherheit der Energieversorgung erschüttert hat, belegt der Trendverlauf zu dieser Frage. Bis zum Überfall Russlands auf die Ukraine war durchgängig eine Mehrheit überzeugt, dass die Versorgung mit Energie für die nahe und mittlere Zukunft gesichert ist. Dies änderte sich nach dem Februar 2022 schlagartig. Der Anteil derer, die Versorgungsengpässe bei der Energieversorgung befürchteten, stieg von 26 auf 86 Prozent an. Die Anstrengungen der Politik, die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas und Öl zu verringern, führten zu einer deutlichen Verringerung der Besorgnis, aber nach wie vor befürchtet eine relative Mehrheit, dass es zukünftig zu Versorgungsengpässen kommen wird. Aktuell sind dies 45 Prozent der Bevölkerung.

Nach wie vor große Bedenken in Bezug auf die Versorgungssicherheit

Frage: „Glauben Sie, dass unsere Versorgung mit Energie, also mit Strom, Gas, Heizöl und Benzin für die nächsten Jahre gesichert ist, oder fürchten Sie, dass es Schwierigkeiten bei der Energieversorgung geben wird?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13012

Schaubild 16

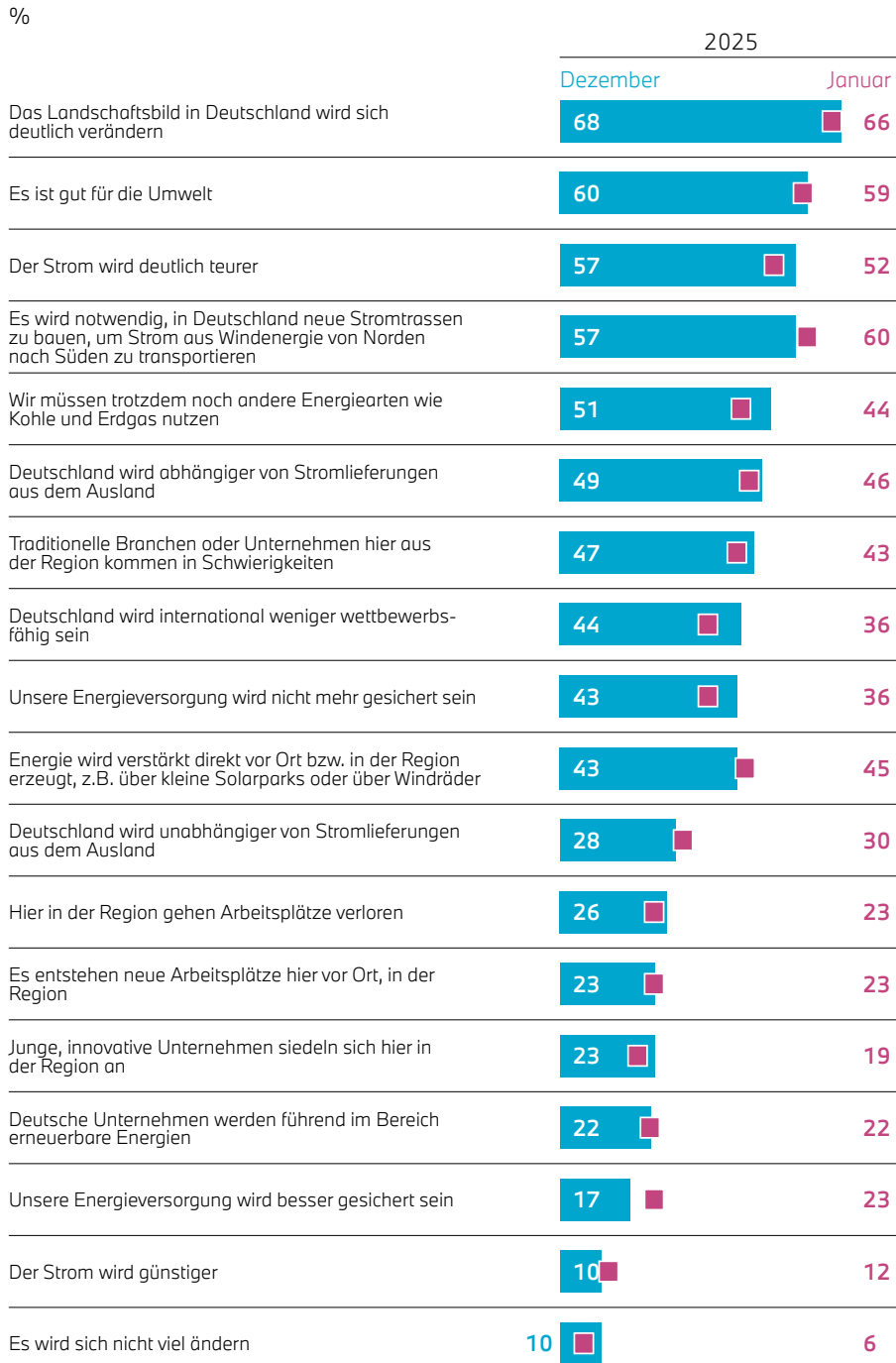
Unverändert erwartet die Mehrheit der Bevölkerung vor allem negative Folgen, wenn die Energieversorgung immer mehr auf erneuerbare Energien umgestellt wird. Insbesondere die Auswirkungen auf Landschaftsbild, Infrastruktur und Energiepreise sieht die Mehrheit der Bevölkerung kritisch: Zwei Drittel erwarten, dass sich infolge der Energiewende das Landschaftsbild in Deutschland durch Windräder und neue Stromleitungen gravierend verändern wird. 57 Prozent befürchten, dass sich die Strompreise deutlich erhöhen werden. Ebenso viele gehen davon aus, dass es notwendig ist, in Deutschland neue Stromtrassen zu bauen, um beispielsweise Strom aus Windenergie vom Norden in den Süden zu transportieren. Rund jeder Zweite geht zudem davon aus, dass in Deutschland trotz Energiewende weiterhin fossile Energieträger wie Kohle und Erdgas genutzt werden müssen und dass Deutschland abhängiger von Stromlieferungen aus dem Ausland wird.

Dass die Folgen der Energiewende für Deutschland derart negativ bewertet werden, hängt vor allem mit den Unsicherheiten infolge des Ausbruchs des Ukraine-Kriegs zusammen. Der daraus resultierende Vertrauensverlust in die Sicherheit der Energieversorgung hat zu einem deutlich kritischeren Blick auf die Energiewende und deren Folgen geführt. Hinzu kommt die nunmehr drei Jahre anhaltende wirtschaftliche Schwächephase, die immer mehr auch bei den Menschen ankommt. Viele erwarten daher im Zuge der Energiewende auch zunehmend negative Auswirkungen für die Wirtschaft in Deutschland und in der eigenen Region: 47 Prozent befürchten, dass traditionelle Branchen und Unternehmen aus ihrer Region in Schwierigkeiten kommen werden, 26 Prozent, dass Arbeitsplätze in der Region verloren gehen. 44 Prozent machen sich aufgrund der Energiewende Sorgen um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die negativen Auswirkungen der Energiewende auf die deutsche wie auch auf die regionale Wirtschaft werden aktuell stärker betont als noch zu Beginn des Jahres. Dies gilt auch für den Eindruck, dass die Energieversorgung infolge der Energiewende nicht mehr gesichert sein wird. Hielten dies im Januar dieses Jahres noch 36 Prozent für eine wahrscheinliche Folge der Energiewende, befürchten dies mittlerweile 43 Prozent. Entsprechend stieg im gleichen Zeitraum der Anteil derer, die vermuten, dass wir auch weiterhin fossile Energiearten wie Kohle und Erdgas werden nutzen müssen, von 44 auf 51 Prozent.

Vorteile werden nach wie vor nur sehr begrenzt mit der Energiewende in Verbindung gebracht. Als größten Vorteil der Energiewende bezeichnet die Mehrheit der Bevölkerung den Schutz der Umwelt. 60 Prozent sind davon überzeugt, dass der Ausstieg aus der Kernenergie und die Umstellung auf erneuerbare Energien der Umwelt zugutekommen. 43 Prozent erwarten zudem, dass die Energieerzeugung dezentralisiert wird. Alle anderen Vorteile werden nur von Minderheiten mit der Energiewende in Verbindung gebracht. So erwarten nur 23 Prozent, dass sich vermehrt junge und innovative Unternehmen in der eigenen Region ansiedeln, 22 Prozent, dass deutsche Unternehmen führend im Bereich erneuerbare Energien sein werden und gerade einmal 10 Prozent, dass der Strom in Deutschland infolge der Energiewende günstiger wird.

Folgen der Energiewende

Frage: „Was, glauben Sie, werden die Folgen sein, wenn wir die Energieversorgung immer mehr auf erneuerbare Energien wie Windkraft oder Sonnenenergie umstellen, welche Auswirkungen wird das haben?“



© IfD-Allensbach

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12098,13012

Schaubild 17

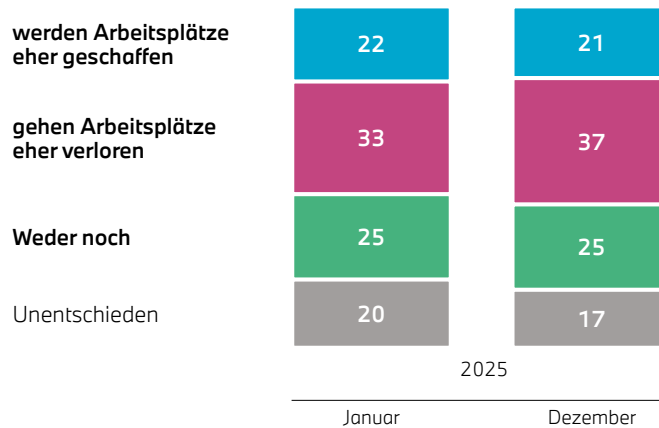
Dass die Energiewende Arbeitsplätze gefährdet, halten hingegen immer mehr Bürgerinnen und Bürger für wahrscheinlich. So gehen mittlerweile 37 Prozent davon aus, dass durch die Energiewende in Deutschland eher Arbeitsplätze verloren gehen, vor knapp einem Jahr waren es noch 33 Prozent. Umgekehrt erwartet nur gut jeder Fünfte, dass durch die Energiewende neue Arbeitsplätze entstehen; jeder Vierte geht von einer ausgeglichenen Bilanz aus.

Die Bevölkerung sieht zunehmend Arbeitsplätze durch die Energiewende in Gefahr

Frage: „Was glauben Sie, werden durch die Energiewende in Deutschland insgesamt eher Arbeitsplätze geschaffen, oder gehen insgesamt eher Arbeitsplätze verloren?“

Durch die Energiewende in Deutschland –

%



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12098, 13012

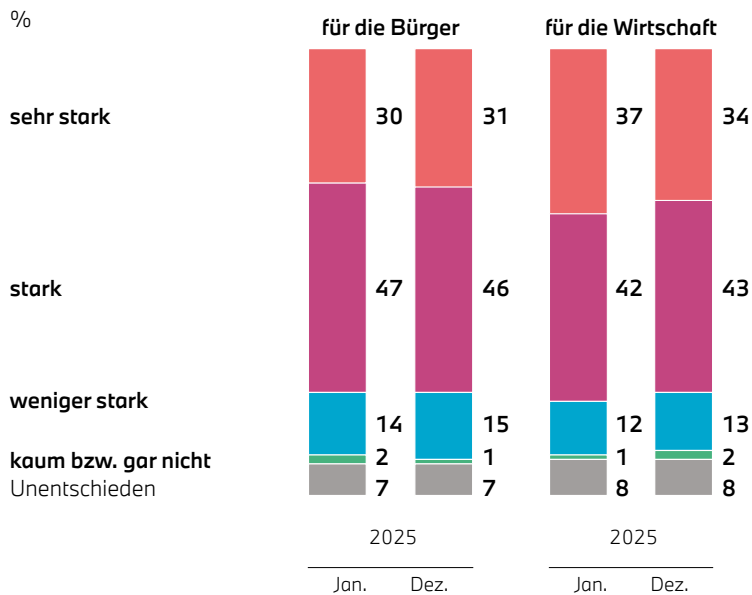
Schaubild 18

Noch größere Sorgen bereiten der Bevölkerung die hohen Kosten, die aus ihrer Sicht für sie selbst und die Wirtschaft durch die Energiewende entstehen. 77 Prozent gehen von starken Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger aus, ebenso viele von starken Belastungen für die Wirtschaft. Dass es nur zu moderaten oder gar keinen Belastungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft kommt, erwartet jeweils nur eine Minderheit. An dieser Einschätzung hat sich im Vergleich zum Januar 2025 nahezu nichts verändert.

Unverändert hohe Belastungen von Bürgern und Wirtschaft

Frage: „Wie ist Ihr Eindruck: Wie stark werden die Bürger/die Wirtschaft in Deutschland durch die Kosten der Energiewende belastet?“

Die Belastungen durch die Kosten der Energiewende sind –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12098, 13012

Schaubild 19

Durch die zunehmende Sorge um die wirtschaftlichen Folgen der Energiewende kommt es auch zu einer Neubewertung der Frage, ob sich die Politik zwischen Klimaschutz und Stärkung der Wirtschaft entscheiden muss. 42 Prozent sind derzeit überzeugt, dass beide Ziele in der aktuellen Situation schwer vereinbar sind und dass sich die Politik entscheiden muss, ob sie in den nächsten Monaten eher der Stärkung der Wirtschaft oder der Förderung des Klimaschutzes Priorität einräumt. Der Trendverlauf zeigt, dass sich dieser Kreis im Vergleich zum Beginn des Jahres und auch zu 2020 deutlich erhöht hat. Nur noch 31 Prozent gehen derzeit davon aus, dass sich beide Ziele gut miteinander vereinbaren lassen. Wenn von einem Zielkonflikt ausgegangen wird, ist die Entscheidung der Bevölkerung eindeutig, was Priorität haben sollte: Im Verhältnis 3:1 plädiert die Bevölkerung dafür, zunächst der Stärkung der Wirtschaft Vorrang einzuräumen und nicht dem Klimaschutz.

Der Eindruck, dass Klimaschutz und Stärkung der Wirtschaft konkurrierende Ziele sind, nimmt zu

Frage: „Wie sehen Sie das: Muss sich die Politik Ihrer Meinung nach entscheiden, ob in den nächsten Jahren eher die Stärkung der Wirtschaft oder eher die Förderung des Klimaschutzes Vorrang haben sollte, oder lassen sich diese Ziele gut miteinander vereinbaren?“

Falls „Muss sich entscheiden“:

„Und wofür sollte sich die Politik entscheiden: die Wirtschaft zu stärken oder den Klimaschutz zu fördern?“

	2020	2022	2025	
	%	%	Jan %	Dez %
Politik muss sich entscheiden	30	34	30	42
Wirtschaft stärken	25	19	22	31
Klimaschutz fördern	4	14	7	9
Lassen sich gut miteinander vereinbaren	44	36	40	31
Unentschieden	26	30	30	27
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13012

Schaubild 20

Zunehmende Sorgen über die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Situation

Die Auswirkungen der Energiewende auf das eigene Leben werden als geringer eingestuft als die Belastungen, die sich aus der Energiewende für Wirtschaft und Bevölkerung insgesamt ergeben. Viele haben den Eindruck, dass die Energiewende für sie persönlich kaum Konsequenzen mit sich bringt und dieser Eindruck hat sich zuletzt auch kaum verändert. Aktuell sind 42 Prozent überzeugt, dass die Energiewende für sie persönlich weder positive noch negative Folgen hat, zu Beginn des Jahres waren es 43 Prozent. 37 Prozent befürchten zurzeit, dass sich die Energiewende negativ auf das eigene Leben auswirkt, auch dieser Wert ist in den vergangenen 12 Monaten nahezu unverändert geblieben. Verglichen mit 2016 sind es jedoch deutlich mehr: Damals befürchteten nur 21 Prozent negative Auswirkungen auf das eigene Leben, 2014 waren es allerdings auch schon einmal 31 Prozent. Der Anteil derer, die sich eher Vorteile von der Energiewende versprechen, ist im Langzeittrend eher rückläufig, zuletzt aber wieder leicht angestiegen.

Die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Situation

Frage: „Wie ist das bei Ihnen persönlich: Würden Sie sagen, Sie haben durch die Energiewende alles in allem eher Vorteile oder eher Nachteile?“

Es haben durch die Energiewende alles in allem –	2014	2016	2025	
	%	%	Jan %	Dez %
eher Vorteile	22	18	10	14
eher Nachteile	31	21	36	37
weder noch	37	50	43	42
Unentschieden	10	11	11	7
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13012

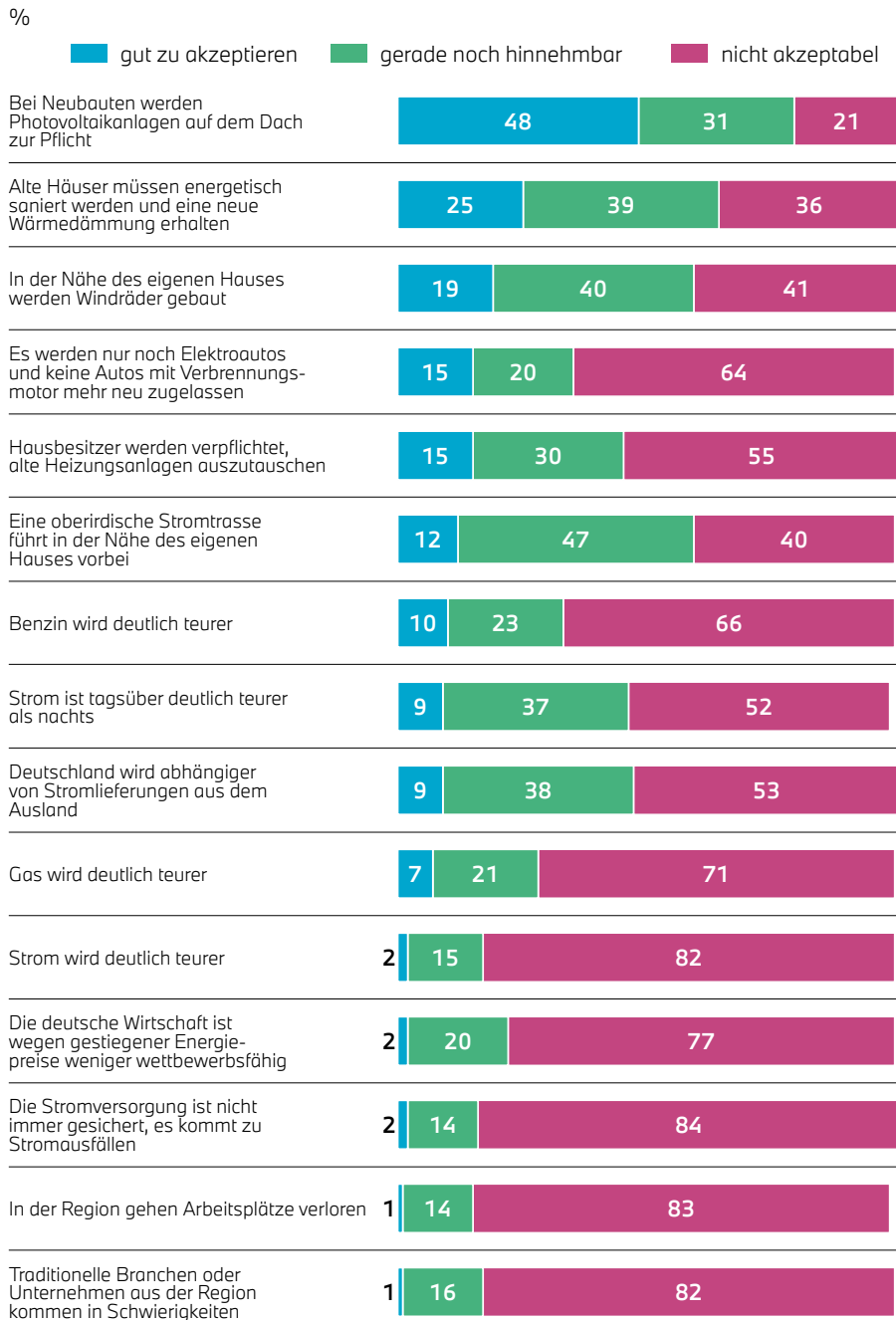
Schaubild 21

Unverändert ist die Bevölkerung nur begrenzt bereit, Einschränkungen hinzunehmen, die sich aus der Energiewende ergeben. Lediglich die Solardachpflicht für Neubauten findet eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger akzeptabel. Zumindest hinnehmbar findet eine Mehrheit zudem, dass ältere Häuser energetisch saniert werden müssen, dass in der Nähe des eigenen Hauses Windräder aufgestellt werden oder oberirdische Stromtrassen verlaufen. Knapp jeder Zweite findet es darüber hinaus akzeptabel bzw. gerade noch hinnehmbar, wenn der Strom tagsüber deutlich teurer ist als nachts, dass Deutschland abhängiger von Stromlieferungen aus dem Ausland wird, oder wenn Hausbesitzer dazu verpflichtet werden, ihre alten Heizungsanlagen auszutauschen.

Ansonsten hält die große Mehrheit Einschränkungen, die sich aus der Energiewende ergeben, für nicht hinnehmbar. Dies gilt vor allem für alle Folgen, die die Sicherheit der Energieversorgung sowie die wirtschaftliche Stabilität und die eigenen finanziellen Belastungen betreffen. So halten es 84 Prozent für völlig inakzeptabel, wenn es infolge der Energiewende zu Unsicherheiten bei der Stromversorgung wie Stromausfällen kommt. Mehr als acht von zehn Bürgerinnen und Bürgern finden es nicht hinnehmbar, wenn in der Region Arbeitsplätze verloren gehen oder traditionelle Branchen oder Unternehmen aus der eigenen Region in Schwierigkeiten geraten; 77 Prozent halten es für inakzeptabel, wenn die deutsche Wirtschaft wegen gestiegener Energiepreise weniger wettbewerbsfähig ist. 82 Prozent empfinden es darüber hinaus als inakzeptabel, wenn infolge der Energiewende Strom deutlich teurer wird, 71 Prozent, wenn die Gaspreise deutlich steigen.

Einschränkungen mehrheitlich nicht akzeptabel

Wenn Deutschland in Zukunft verstärkt auf erneuerbare Energien setzt und weniger auf Kernkraft, Öl, Kohle und Gas, wären diese Folgen –



An 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

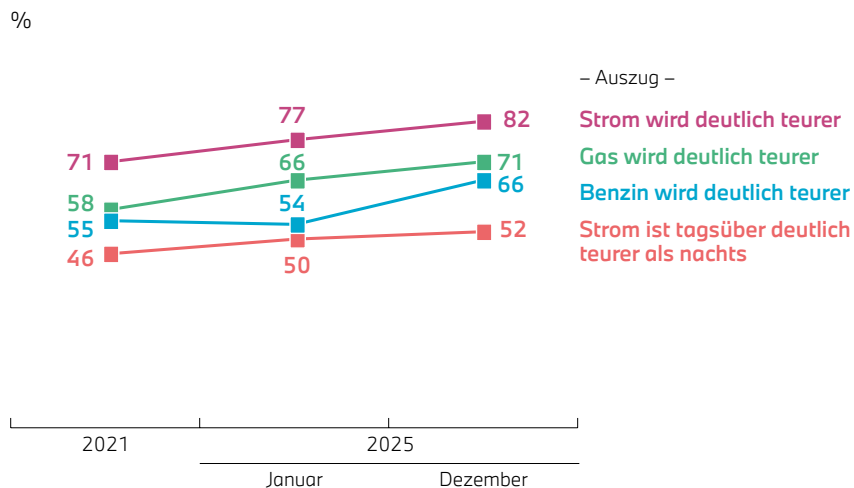
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Schaubild 22

Der Trendvergleich zeigt, dass gerade die Kostensteigerungen im Zusammenhang mit der Energiewende von der Bevölkerung als immer belastender und damit als weniger hinnehmbar empfunden werden. So ist der Anteil derer, die es als inakzeptabel betrachten, wenn infolge der Energiewende der Strom deutlich teurer wird, seit 2021 von 71 auf 82 Prozent gestiegen, allein in diesem Jahr von 77 auf 82 Prozent. Der Kreis derjenigen, die Preissteigerungen beim Gas für inakzeptabel halten, stieg von 58 Prozent im Jahr 2021, über 66 Prozent im Januar 2025 auf nunmehr 71 Prozent, bei den Benzinpreisen von Januar bis Dezember 2025 von 54 auf 66 Prozent.

Bürger halten Kostensteigerungen zunehmend für inakzeptabel

Diese Folgen der Energiewende wären nicht akzeptabel –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12043, 12098, 13012

Schaubild 23

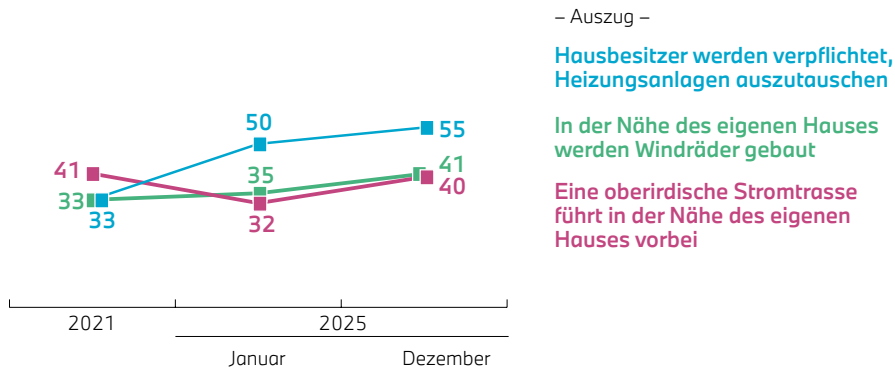
Auch Vorgaben von der Politik sowie Veränderungen im Landschaftsbild durch den Bau von Stromtrassen oder Windrädern stoßen zunehmend auf Kritik und Widerstand. So stieg der Anteil derer, die es für völlig inakzeptabel halten, wenn Hausbesitzer dazu verpflichtet werden, ihre alten Heizungsanlagen auszutauschen, von 33 Prozent im Jahr 2021 über 50 Prozent im Januar 2025 auf nunmehr 55 Prozent. Der Kreis der Widerständler gegen der Bau von Windrädern in der Nähe des eigenen

Hauses erhöhte sich innerhalb des letzten Jahres von 35 auf 41 Prozent, der Anteil derer, die den Bau einer oberirdischen Stromtrasse in der Nähe des eigenen Hauses für inakzeptabel halten, im gleichen Zeitraum von 32 auf 40 Prozent.

Auch die Vorgaben der Politik und Veränderungen vor Ort werden zunehmend kritisch bewertet

Diese Folgen der Energiewende wären nicht akzeptabel –

%



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12043, 12098, 13012

Schaubild 24

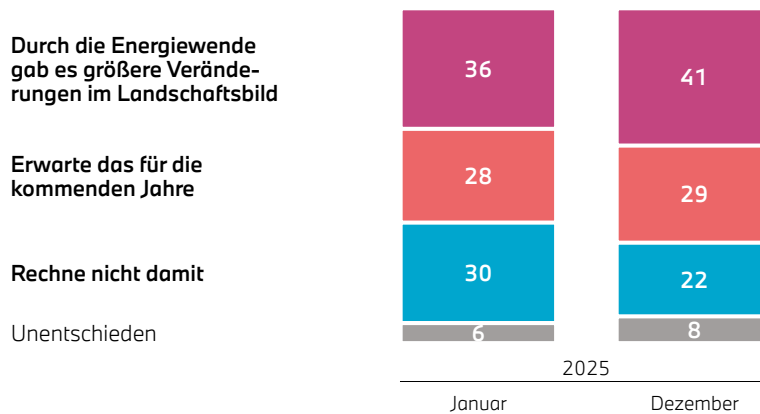
© IfD-Allensbach

Die zunehmend negativen Reaktionen auf den Ausbau der Energieversorgungsinfrastruktur haben ganz wesentlich damit zu tun, dass die Bürgerinnen und Bürger den Ausbau verstärkt als Eingriffe in das Landschaftsbild wahrnehmen. Gaben im Januar 2025 noch 36 Prozent zu Protokoll, dass es bei ihnen in der Region durch die Energiewende bereits größere Veränderungen im Landschaftsbild gegeben habe, sind es aktuell bereits 41 Prozent. Weitere 29 Prozent erwarten für die kommenden Jahre Eingriffe ins Landschaftsbild, zum Beispiel weil bei ihnen vor Ort Windräder, Stromtrassen oder Solarparks gebaut werden.

Veränderungen im Landschaftsbild

Frage: „Gab es bei Ihnen in der Region durch die Energiewende größere Veränderungen im Landschaftsbild, z.B. weil Windräder, Stromtrassen oder Solarparks gebaut wurden, oder ist das zwar bislang nicht der Fall, aber Sie erwarten das für die kommenden Jahre, oder rechnen Sie nicht damit?“

%



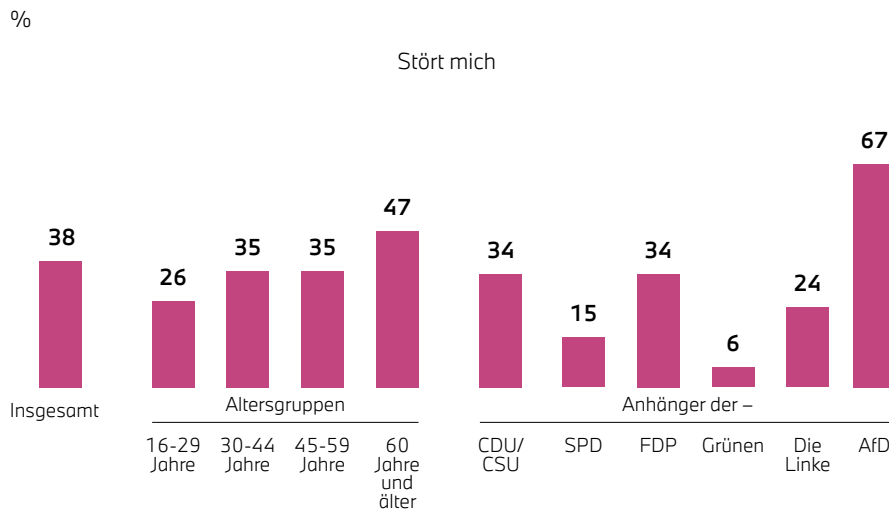
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12098, 13012

Schaubild 25

Bei den Betroffenen lösen die Veränderungen im Landschaftsbild unterschiedliche Reaktionen aus: Von denen, die über Veränderungen bei sich in der Region berichten, stören sich 38 Prozent an diesen Veränderungen; knapp jeden Zweiten stören die Veränderungen im Landschaftsbild hingegen nicht. Gestört fühlen sich vor allem die ältere Generation sowie Anhänger der AfD. Von den über 60-Jährigen geben 47 Prozent zu Protokoll, dass sie die Veränderungen des Landschaftsbildes infolge der Energiewende stören, von den unter 30-Jährigen nur 26 Prozent. Von den AfD-Anhängern stören sich zwei Drittel an den Veränderungen im Landschaftsbild, von den Anhängern der Grünen hingegen nur 6 Prozent.

Störgefühle vor allem in der älteren Generation und besonders ausgeprägt bei AfD-Anhängern

Frage an Personen, in deren Region es durch die Energiewende Veränderungen im Landschaftsbild gab: „Wie finden Sie diese Veränderungen im Landschaftsbild: Stört Sie das, oder stört Sie das nicht?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, in deren Region es durch die Energiewende Veränderungen im Landschaftsbild gab
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Schaubild 26

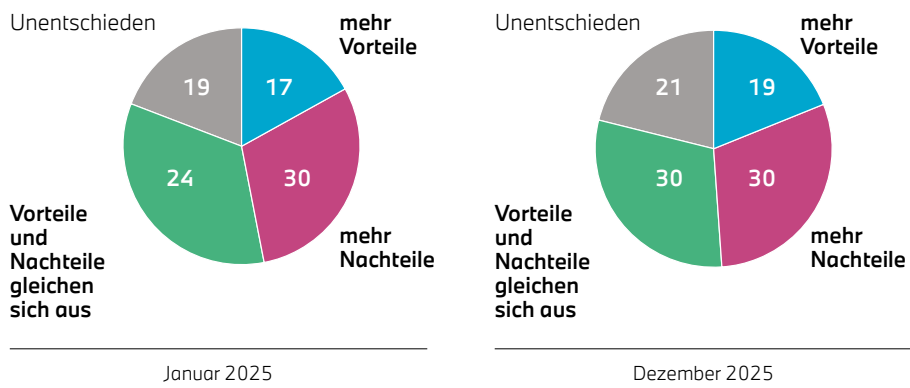
Die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Region werden zwar unverändert eher mit negativen als mit positiven Folgen in Verbindung gebracht, aber hier hat sich das Urteil im Verlauf des Jahres nicht weiter verschlechtert. Nahezu unverändert meinen derzeit 19 Prozent, dass die Energiewende für die eigene Region mehr Vorteile mit sich bringt, 30 Prozent rechnen eher mit Nachteilen, und ebenfalls 30 Prozent gehen davon aus, dass sich Vor- und Nachteile für die eigene Region in etwa die Waage halten.

Energiewende wird nach wie vor nicht als Chancenszenario für die eigene Region wahrgenommen

Frage: „Wie sehen Sie das für die Region, in der Sie leben: Gehen Sie davon aus, dass Ihre Region durch die Energiewende alles in allem eher Vorteile oder eher Nachteile hat?“

Die Energiewende bringt für die eigene Region –

%



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12098, 13012

Schaubild 27

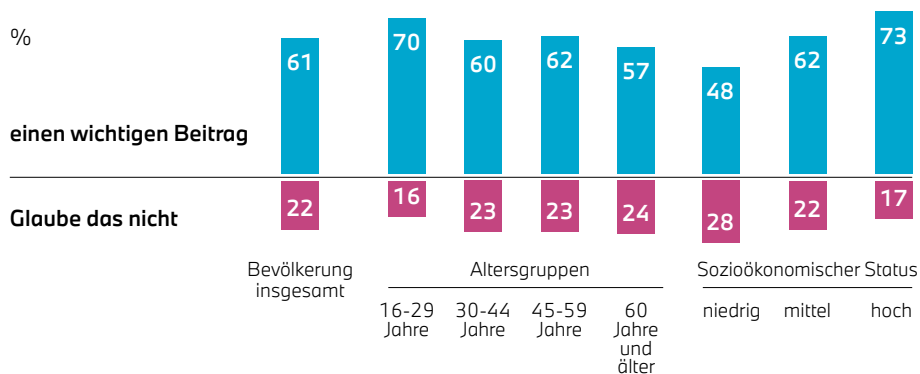
Die Bevölkerung hält staatliche Förderung für wichtig

Viele Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Eigenheimbesitzer, haben mittlerweile selbst Maßnahmen umgesetzt, die der privaten Energiewende zugutekommen. Eine Studie des Allensbacher Instituts aus dem August 2025 hat ergeben, dass bereits 57 Prozent aller Eigenheimbesitzer klimafreundliche Technologien in ihrem Haus einsetzen. Am weitesten verbreitet ist dabei die Nutzung von Photovoltaik-Anlagen. 36 Prozent aller Eigenheimbesitzer nutzen bereits eine PV-Anlage, weitere 26 Prozent planen eine Anschaffung in den kommenden Jahren. Es ist daher wenig überraschend, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Auffassung ist, dass Photovoltaik-Anlagen einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland leisten können. 61 Prozent teilen diese Meinung, nur 22 Prozent sind skeptisch. Besonders in der jungen Generation und in den höheren Sozialschichten ist die Überzeugung, dass PV-Anlagen einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Energieversorgung leisten, weit verbreitet.

PV-Anlagen leisten wichtigen Beitrag für Versorgungssicherheit

Frage: „Viele Menschen haben heute ja eine Photovoltaik-Anlage zu Hause. Glauben Sie, dass diese Anlagen einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland leisten, oder glauben Sie das nicht?“

Zur Sicherheit der Energieversorgung leisten Photovoltaik-Anlagen –



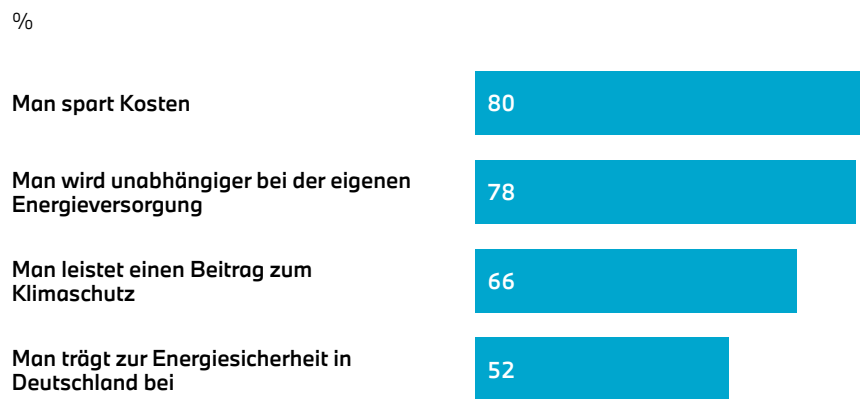
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Schaubild 28

Die Vorteile, die sich aus selbstproduziertem Strom ergeben, liegen aus Sicht der Bevölkerung auf der Hand: 80 Prozent sind überzeugt, dass man mit Strom für den Eigenbedarf, den man selbst produziert hat, Kosten spart, 78 Prozent, dass man bei der eigenen Energieversorgung unabhängiger wird, zwei Drittel, dass man einen Beitrag zum Klimaschutz leistet, und gut jeder Zweite, dass man zur Energiesicherheit in Deutschland beiträgt.

Vorteile von selbst produziertem Strom

Frage: „Was sind Ihrer Meinung nach die größten Vorteile, wenn man einen Teil des Stroms, den man verbraucht, selbst produziert? Was von dieser Liste würden Sie nennen?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

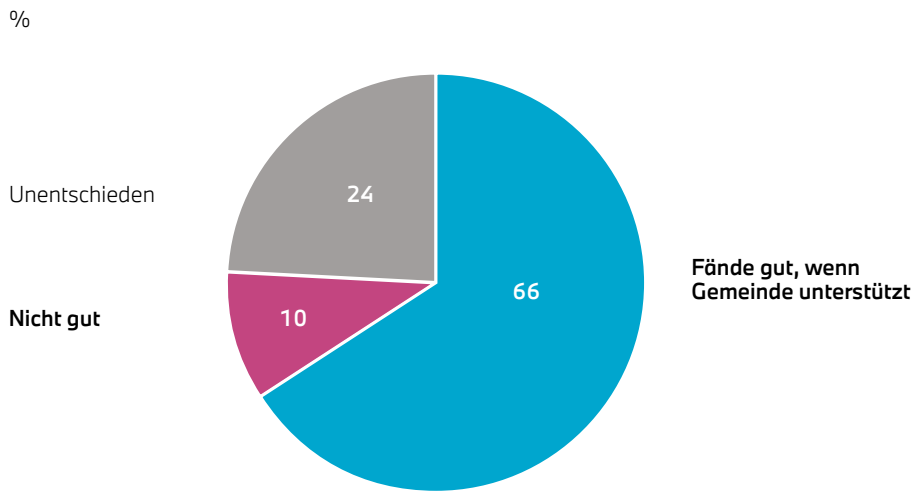
Schaubild 29

© IfD-Allensbach

Die große Mehrheit der Bevölkerung spricht sich darüber hinaus auch für die finanzielle Unterstützung von kommunalen Bürger-Energie-Projekten aus. Zwei Drittel fänden es gut, wenn Gemeinden Projekte finanziell unterstützen, bei denen sich Bürger vor Ort zusammenschließen, um Solaranlagen, Windparks oder Biogasanlagen gemeinsam zu betreiben. Nur jeder Zehnte spricht sich dezidiert gegen die finanzielle Förderung von solchen Bürger-Energie-Projekten aus.

Mehrheit für finanzielle Unterstützung von Bürger-Energie-Projekten

Frage: „In einigen Städten bzw. Gemeinden gibt es sogenannte Bürger-Energie-Projekte. Dabei schließen sich Bürger vor Ort zusammen, um Solaranlagen, Windparks oder Biogasanlagen zu betreiben. Fänden Sie es gut, wenn Ihre Gemeinde solche Projekte finanziell unterstützen würde, oder fänden Sie das nicht gut?“



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Schaubild 30

© IfD-Allensbach

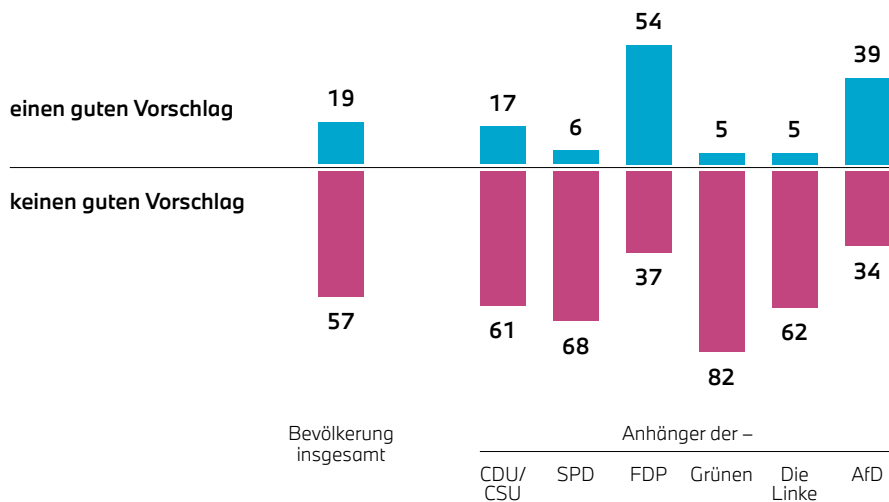
Ohnehin sieht es die Mehrheit der Bevölkerung als Aufgabe des Staates an, den Ausbau erneuerbarer Energien finanziell zu unterstützen. Entsprechend hält es die Mehrheit für keinen guten Vorschlag, die Subventionen für den Ausbau von erneuerbaren Energien zu kürzen. Lediglich 19 Prozent plädieren für die Kürzung von Subventionen für den Ausbau von erneuerbaren Energien, 57 Prozent halten dies für keinen guten Vorschlag. Lediglich die Anhänger von FDP und AfD unterstützen mehrheitlich den Vorschlag von Subventionskürzungen, die Anhänger aller anderen Parteien sprechen sich teils mit deutlicher Mehrheit gegen den Plan aus, Subventionen in diesem Bereich zu kürzen.

Mehrheit hält Subventionskürzungen für den Ausbau von erneuerbaren Energien für den falschen Weg

Frage: „Vor Kurzem ist vorgeschlagen worden, die Subventionen für den Ausbau von erneuerbaren Energien zu kürzen. Halten Sie das für einen guten Vorschlag oder für keinen guten Vorschlag?“

Die Subventionen für den Ausbau von erneuerbaren Energien zu kürzen, halten für –

%



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13012

Schaubild 31

© IfD-Allensbach

Trotz des klaren Meinungsbildes, das die Bevölkerung zu den verschiedenen Aspekten der Energiewende äußert, fühlt sich die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor über die Hintergründe der Energiewende nur unzureichend informiert: Nur 34 Prozent geben zu Protokoll, dass sie sich über die Ziele und Fortschritte bei der Energiewende sehr gut oder gut informiert fühlen. 45 Prozent stufen ihren Informationsstand hingegen als weniger gut, weitere 12 Prozent als gar nicht gut ein. Vor knapp einem Jahr fühlten sich noch 37 Prozent gut oder sehr gut über die Ziele und Fortschritte bei der Energiewende informiert.

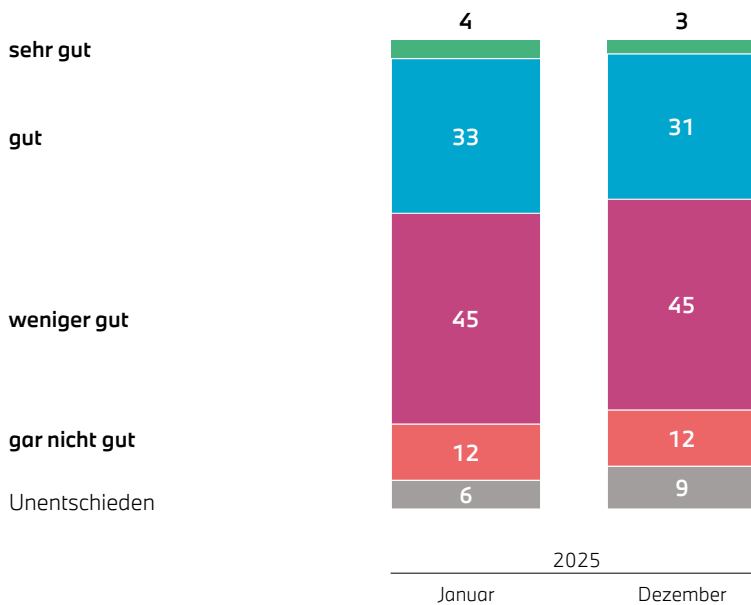
Es ist eine der zentralen Herausforderungen der Politik, den Informationsstand der Bevölkerung in diesem Politikfeld zu verbessern. Die Politik muss sicherstellen, dass die Menschen verstehen, was sie bei der Energiewende vorhat. Dazu gehört eine bessere und klarere Kommunikation der Ziele und vor allem der Wege, die zum Erreichen dieser Ziele beschritten werden sollen. Die Bürgerinnen und Bürger benötigen Planungssicherheit – insbesondere in Zeiten, in denen Sie den Eindruck haben, dass sich Kosten und Risiken der Energiewende zu ihren Lasten entwickeln.

Nach wie vor große Informationsdefizite

Frage: „Wie gut fühlen Sie sich alles in allem über Ziele und Fortschritte bei der Energiewende informiert? Würden Sie sagen ...“

Über Ziele und Fortschritte bei der Energiewende fühlen sich informiert –

%



© IfD-Allensbach

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12098, 13012

Schaubild 32

BMW Foundation
Herbert Quandt

[bmw-foundation.org](https://www.bmw-foundation.org)
[@bmwfoundation](https://www.instagram.com/bmwfoundation)